



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zum Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft GBW

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport unverzüglich mündlich und schriftlich über den Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft GBW zu berichten.

Der Bericht soll insbesondere klären:

- welche Vorgaben bzw. Auflagen der Landesbank seitens der EU-Kommission im Zuge des Beihilfeverfahrens gegeben wurden,
- wie diese Auflagen von Seiten der Staatsregierung in der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB und dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen kommuniziert wurden,
- von welcher Seite der Verkauf der GBW in den Verhandlungen mit der EU eingebracht wurde,
- ob der Verkauf der GBW AG für die EU-Kommission Priorität gegenüber anderen Umstrukturierungsmaßnahmen hatte,
- wie mögliche Alternativen zum Verkauf der GBW AG jeweils seitens der Staatsregierung und der EU-Kommission bewertet wurden,
- welche Vorgaben es seitens der EU-Kommission im Zuge des Verkaufs der GBW AG und dem Bieterverfahren gab,
- weshalb sich der Freistaat nicht am Bieterverfahren beteiligt hat,
- ob die Staatsregierung im Rahmen des Bieterverfahrens gegenüber der EU-Kommission jemals Interesse am Erwerb der GBW AG bekundet hat und wie dies seitens der EU bewertet wurde,
- weshalb die Staatsregierung einen Verkauf der GBW AG an ein kommunales Konsortium nicht schon vor dem Beihilfeverfahren in Betracht gezogen hat.

Begründung:

Im Zuge der Milliardenhilfen für die angeschlagene Bayerische Landesbank wurde im April 2013 die landeseigene Wohnungsgesellschaft GBW für 2,3 Mrd. Euro an das Immobilienunternehmen Patrizia verkauft. Seitens der Staatsregierung wurde im Vorfeld des Verkaufs immer wieder betont, die Landesbank hätte sich im Rahmen des Beihilfeverfahrens auf Aufforderung der EU von den Immobilien trennen müssen. Ein Sprecher von EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia erklärt nun, die Kommission habe den Verkauf nie konkret verlangt. Zudem hätte der Freistaat die GBW selbst erwerben können. Bislang hat die Staatsregierung in ihren Stellungnahmen die Aussagen der EU-Kommission nicht entkräften können.